

Bitte, lasst uns nicht im Stich!

Alles verlassen, das
Leben gerettet: Viele ukrainische
Mütter suchen mit ihrem Kind
verzweifelt eine neue Unterkunft.

Foto: adobestock/Marko

Ukraine-Flüchtlinge suchen verzweifelt Wohnraum – Rathaus schlägt Angebote aus

– KOMMENTAR –

Helft doch endlich den Flüchtlingen!

Prima! Wunderbar, das ist eine große Hilfe. Wir haben damit ein Problem weniger. Vielen Dank für das Angebot.

Kommunen anderenorts in Deutschland würden in etwa so reagieren, würde ein Unternehmen zu marktüblichen Konditionen für 65 Flüchtlinge aus der Ukraine topsanierten Wohnraum zur Verfügung stellen.

Nicht so in Potsdam. Da liegt seit Langem genau solch ein Angebot im Rathaus vor. Dort gibt man vor, händeringend nach Wohnraum für die vom Krieg geschundenen Menschen aus der Ukraine zu suchen. Sinniert über teure Neubauten, Hotelbelegungen und über Notunterkünfte in Sporthallen. Jedoch kein Wort zu dem auf dem Schreibtisch liegenden Angebot. Weder von der zuständigen Sozialdezernentin Brigitte Meier (SPD) noch vom Bürgermeister Mike Schubert (SPD). Woran liegt das? Die altehrwürdige SPD lässt sich von der ideologisch gesteuerten SED-Nachfolgepartei „Die Linke“ am Nasenring herumführen. So hat es jedenfalls den Anschein. Wie auch immer! In jedem Fall ist es verwerflich.

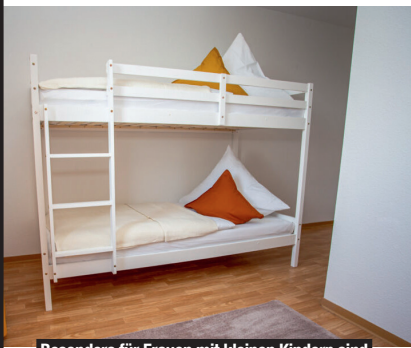
Hier geht es um vom Krieg traumatisierte Menschen. Sie brauchen Hilfe und kein bürokratisch-ideologisches Hickhack auf ihrem Rücken. Darüber sollte man im Potsdamer Rathaus nachdenken und endlich handeln. Schnell. Sofort. Jetzt.



Das moderne Hochhaus im Herzen der Stadt: Rund 65 Personen könnten hier sofort unterkommen. Doch die Stadt hat offenbar keinen Bedarf?



Die Apartments wurden 2022 vollständig saniert. Seitdem werden sie den Potsdamer Behörden als Flüchtlingsunterkunft angeboten. Bisher keine Reaktion.



Besonders für Frauen mit kleinen Kindern sind die Wohneinheiten bestens geeignet. Bisher sind viele von ihnen in Notunterkünften und baufälligen Wohnungen untergebracht.

Behörden-Irrsinn in Potsdam: Mitten im Zentrum könnten auf einen Schlag 65 Geflüchtete unterkommen. Doch die Stadt hat offenbar kein Herz für Ukraine-Flüchtlinge. Stattdessen plant das Rathaus teure Neubauten und hält an unwürdigen Zwischenlösungen fest. Die Verantwortlichen schweigen. Was steckt dahinter?

Potsdam. Über eine Million Menschen aus der Ukraine wurden im letzten Jahr in Deutschland aufgenommen. Darunter vor allem Mütter mit Kindern. Auch Potsdam ist die neue Heimat vieler Flüchtlinge aus der Ukraine geworden. Rund 2.300 Ukrainer sind seit Kriegsbeginn in die Stadt gekommen.

Unterkünfte dringend gesucht

Für ihre Unterbringung braucht die Stadt geeigneten Wohnraum. Die Verantwortlichen rechnen in diesem Jahr mit der Ankunft von bis zu 2.000 neuen Flüchtlingen in Potsdam. Für eine Stadt mit leer gefegtem Wohnungsmarkt eine schwere Belastung. Mitte Januar wurde außerdem bekannt, dass bisher bestehende Unterbringungen für Flüchtlinge zeitnah nicht mehr zur Verfügung stehen. So soll die Potsdamer „Metropolishalle“ – bisher Unterkunft für bis zu 300 Menschen ab Anfang März wieder als Veranstaltungsort dienen. Und auch die rund 100 Geflüchteten im „Staudenhof-Block“ müssen spätestens bis Jahresmitte weichen. Dann nämlich soll das Gebäude abgerissen werden.

Rathaus schlägt Angebote aus

Man könnte deshalb meinen, dass die Stadtverwaltung nach Ersatz sucht und jedes erdenkliche Angebot neutral überprüft. Erst Anfang des Monats erklärte die zuständige Sozialbeigeordnete der Stadt Potsdam, Brigitte Meier (SPD): „Wir brauchen weitere Kapazitäten zur Unterbringung“. Hier geht es um vom Krieg traumatisierte Menschen. Deshalb prüft die Stadt derzeit offenbar auch wieder Hotelbelegungen und den Zukauf von Leichtbauhallen. Dabei steht

nur wenige Hundert Meter vom abbrisreifen Staudenhof-Block entfernt ein modernes Appartementhochhaus beinahe leer. Ruhige, sichere Wohnungen im Herzen Potsdams, direkt gegenüber der Freundschaftsinsel. Der Betreiber könnte auf einen Schlag 65 Menschen ein neues Zuhause bieten. Erst im vergangenen Jahr wurden die Wohnungen saniert und neu ausgestattet. Entstanden sind moderne Appartements – ideal für junge Familien und Senioren. Seit Langem sind die mehr als 100 separaten Wohneinheiten der Stadtverwaltung bekannt. Der Betreiber unterbreitete vor einem Jahr das Angebot, ukrainische Geflüchtete dort aufzunehmen. Erste Verhandlungen gab es bereits. Doch seit Monaten herrscht Funkstille. Über die Ursachen schweigt sich das SPD-geführte Rathaus aus.

Chaos und Inkompetenz im Rathaus

Offenbar verhindern Inkompetenz und Chaos im Potsdamer Rathaus die schnelle Unterbringung Geflüchteter in der Wohnanlage auf der Burgstraße in der Nördlichen Innenstadt. In der aktuellen Situation ist das fatal. Die Stadt vergeudet bei der Suche nach Unterkünften wertvolle Zeit. Zuletzt wurde bekannt, dass Senioren und junge Familien auf der Potsdamer Zeppelinstraße in schimmelbefallenen Wohnungen und sanierungsbedürftigen Bauten untergebracht wurden. In Notbleiben wie der Orangerie der Biosphäre müssen die Geflüchteten, darunter Mütter mit ihren Kindern, auf Feldbetten zusammengepfercht in einer Halle schlafen, notdürftig nur durch Pappwände voneinander getrennt. Zum Waschen

müssen sie Container aufsuchen. Erbärmliche Zustände, die sich auf einen Schlag ändern könnten. Nur müssten dafür Angebote wie die des Betreibers der Wohnanlage genutzt werden.

Politische Gründe?

Stattdessen soll es Hotelbelegungen und teure Neubauten geben. Und all das, während mitten in der Stadt ein neues und bezugsfertiges Wohnhaus leer steht. Wie passen die Pläne der Stadt mit der dringenden Suche neuer Unterkünfte zusammen? Blockiert der linksgeführte Seniorenbeirat eine schnelle Entscheidung? Können sich Sozialbeigeordnete Meier und Bürgermeister Mike Schubert (SPD) nicht zu einer Entscheidung durchringen? Der Betreiber der Wohnanlage will nicht länger warten. Deshalb wandte er sich an die Behörden in Berlin. Dort erhielt er prompt die Antwort, man würde das Angebot sofort nutzen – wenn man nur könnte. Doch die Unterbringung von Flüchtlingen ist in Deutschland Sache der Länder und Kommunen. Eine Nutzung für Flüchtlinge aus Berlin bleibt deshalb ausgeschlossen. In Potsdam hofft man nun, dass die Verantwortlichen der Stadt doch noch zur Vernunft kommen und die Wohnanlage auf der Burgstraße endlich nutzen. Wir bleiben an dem Thema dran!

In der nächsten Woche lesen Sie:
Wie Larysa (42) mit ihrem neunjährigen Sohn verzweifelt eine Unterkunft in Potsdam sucht. Dazu: Die Hintergründe einer verlogenen Kampagne von Parteifunktionären der „Linken“.
Weitere Informationen:
www.dringendeswissen.de

GROSSE WOHNUNGSNOT IN POTSDAM

Menschenunwürdig! Ukrainer müssen in Abrisshäusern leben

Potsdam stöhnt. Es fehlen Wohnungen. Vermehrt auch Unterkünfte für Flüchtlinge. Von Januar bis November 2022 verteilte die Zentrale Ausländerbehörde laut Innenministerium etwas mehr als 37.500 Flüchtlinge, die nach Brandenburg kamen, auf Landkreise und kreisfreie Städte. Für dieses Jahr wird mit

2.000 allein für Potsdam gerechnet – wegen des anhaltend mörderischen russischen Krieges gegen die Ukraine mit steigender Tendenz. In den Potsdamer Neuesten Nachrichten bekannte Potsdams Sozialbeigeordnete Brigitte Meier (SPD) händeringend: „Wir brauchen weitere Kapazitäten zur Unterbringung“.

Der Stadt fällt es demnach ausgesprochen schwer, Wohnraum für Geflüchtete zu schaffen. Innenminister Michael Stübgen (CDU) wollte noch im Dezember 2022 vermeiden, dass Zelte aufgebaut und Turnhallen als Notunterkünfte genutzt werden müssen, wenn die Zahl der Flüchtlinge so hoch bleibt. Doch das ist

längst Realität. Ein Großteil von ihnen muss ohne jede Form von Privatsphäre in Gemeinschaftsunterkünften, teilweise in für den Abriss vorgesehenen und von Schimmel befallenen Häusern leben. Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) hat den Landkreisen und Städten angesichts

einer erwarteten Steigerung der Zahl von Flüchtlingen finanzielle Hilfe von bis zu zwei Milliarden Euro zugesagt. Darin sind nach Angaben des Finanzministeriums 150 Millionen Euro für die Aufnahme, Unterbringung, Versorgung, Betreuung und Integration von Geflüchteten vorgesehen.